

Herbert A. Debus, Geschäftsführung  
BUND Kreisverband Groß-Gerau



Liebe Mitglieder, liebe Gäste,

Der Vorstand des BUND im Kreis Groß-Gerau hat sich schließlich doch entschieden, unseren Umwelthammer wegen besonders schädlichen Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen an den Magistrat der Stadt Rüsselsheim zu verleihen.

Zunächst die kruden Tatsachen:

Erst im letzten Jahr ist uns ein PowerPoint Vortrag der Fachbehörde Naturschutz bei der Unteren Naturschutzbehörde Rüsselsheim für einen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung bekannt geworden. Dort heißt es u.a. nach der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Mainauen“ vom 20. Juli 1987

## §2

(1) Die Zone I umfasst die Auengebiete des Mains und angrenzende Bachtäler. Zweck der Unterschutzstellung dieses Bereiches ist:

1. die Erhaltung der durch Grünland geprägten Auensysteme als Brut-, Nahrungs-, Durchzugs- und Rastbiotope für die bedrohte Tierwelt;
2. die Erhaltung der für den Landschaftsraum typischen Auen-landschaft, ...
3. die Erhaltung der durch die unterschiedlichen Durchfeuchtungsstufen bestimmten Wiesen- und Ufervegetationstypen.

Und in § 3

(1) Folgende Maßnahmen oder Handlungen sind nur mit Genehmigung zulässig:

1. bauliche Anlagen...
10. das ...Aufstellen von ... transportablen Anlagen einschließlich fahrbarer Verkaufsstände ...
11. ...sonstige Verunreinigung des Geländes;
13. Lärmen, das die Ruhe der Natur wesentlich beeinträchtigt.

Von diesen gesetzlichen Bestimmungen können Ausnahmen zugelassen werden, die den Schutzzwecken nicht fundamental zuwiderlaufen und von erheblichem öffentlichem Interesse sind.

Am 6.Juli 2018 wurde der Magistrat über seine Fachbehörde unter Verweis auf das Verbot der gleichen Veranstaltung im LSG in Hanau auf die Problematik weiterer Genehmigungen des Technofestivals hingewiesen.

Im Anschluss an das Love-Family-Park-Festival 2018 waren selbst nach der 3. Nachreinigung – dann mit Kehrmaschinen auf dem knochentrockenen, verdörrten gelben Bereich immer noch Zigarettenkippen und anderes mehr nachzuweisen. Eine Verdichtung auf dem dann harten Boden war bis in 15 cm Tiefe zwar nicht nachzuweisen. Sehr wohl ist es aber natürlich unter Druck zu Vermahlung und Zerstörung der Grasnarbe gekommen.

[ Fußnote: Die im Frühjahr presseveröffentlichte PublicRelationsAktion der Jungen Union, die Müll auf dem Gebiet sammelte und meinte, dass das mehr als nach dem LFP gewesen sei, zeigt die mangelnde Sachkenntnis der jungen Leute. Entweder haben sie den Vortrag der UNB von ihren CDU-Stadtverordneten nicht gezeigt bekommen oder das war eine bewusst verdrehende Fake-Nachricht. ]

[Weiter im Bericht der UNB] 2018 danach 35% offene Grasfläche im Westteil, unfachmännische Nachsaat, Verwandlung der Wiese in Teilbereichen in Trittrassen.“

Das sind die Fakten, die nach unseren Informationen 2019 nicht wesentlich korrigiert wurden und auch in Zukunft nicht realistisch korrigiert werden können durch kostenlose Handaschenbecher mit Rückgabepfandbonus oder durch Unterlegung von dämpfenden Matten und Sand unter die tonnenschweren LKWs, die für den Aufbau benötigt werden.

2018 war sozusagen bestes Wetter. Bei nassem Wetter während der Veranstaltung oder in letzter Minute beim Aufbau würde es zu irreparablen Bodenschädigungen durch Verdichtung und Eintreten von Abfällen in den Boden kommen. Kein Veranstalter wird bei den häufiger werdenden kurzzeitigen Starkregen absagen und 20.000 Tickets erstatten.

Soweit schien alles klar! Muss verboten werden. Die Fachbehörde ist aber nicht die Untere Naturschutzbehörde. Das ist der Magistrat und der führte im Folgenden alle möglichen Befragungen von fachlich nicht zuständigen Abteilungen durch, der Veranstalter versprach das Blaue vom Himmel, bis die ONB mitteilte, die Genehmigungen seien „rechtlich nicht nachvollziehbar“.

Darauf begannen Anstrengungen zur Erreichung einer Genehmigung. Der durchaus nette und kooperativ verzweifelt bemühte Veranstalter versuchte, ein finanzielles Desaster zu vermeiden. Er bekam im zuständigen Ausschuss für Sport und Kultur (merke: nicht Umwelt!) breiten Raum für eine Werbeveranstaltung.

Wir hatten mit der Verleihung des Umwelthammers dann doch gezögert, um dem Magistrat eine Chance zu geben, in einer Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen hat, das Gesicht zu wahren. Klimanotstand auszurufen heißt, alle Maßnahmen und Entscheidungen der Stadt auf ihre Auswirkungen auf das Klima zu überprüfen. „Nach Berechnung der europäischen Union binden Grünland und Wälder in Europa jährlich bis zu 100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Sie bilden sogenannte ‚Kohlenstoffsinken‘.“<sup>1</sup> Nachdem allerdings in der Presse bekannt

---

1 <https://www.bund.net/themen/naturschutz/wiesen-und-weiden/hintergrund/>

geworden war, dass der Magistrat unter Umgehung der Oberen Naturschutzbehörde sich direkt mit einem Genehmigungsentwurf an die Ministerin als oberste Naturschützerin Hessens wenden wollte, entschieden wir uns, den Hammer zu verleihen. Der Magistrat muss seiner Verpflichtung nachkommen und das Naturschutzrecht durchsetzen: konkret: die Genehmigung eines entsprechenden Antrags der Firma Cosmopop darf nicht erteilt werden. Nach dem Verbot öffentlicher Veranstaltungen wegen Covid-19 herrschte zunächst Schweigen auf der Wiese.

ABER: Unbeeindruckt vom Schreiben der Oberen Naturschutzbehörde und 2019 einer Petition eines Rüsselsheimer Bürgers beim Hessischen Landtag, unbeeindruckt von Meldungen über den schlechter werdenden Zustand der Natur, dem dramatischen Rückgang der Insekten- und auch in der Folge der Vogelpopulation kündigte der Veranstalter bereits einen Termin für 2021 an. Der Oberbürgermeister stellte wohlwollende Prüfung des Antrags in Aussicht. Eine Hängepartie ohne oder mit schlechtem Ende für die Natur drohte weiterhin und droht jetzt immer noch.

Ein klassisches Muster für profitorientierte NaturBEnutzung lief ab.

- a. So trat die CDU mit einem erfolgreichen Antrag im Stadtparlament auf den Plan, der für die vom Opel-Niedergang gebeutelte Stadt wieder ein Alleinstellungsmerkmal wollte. Dies war der Stadt Hanau unter fast exakt gleichen Bedingungen vom Ministerium am 13. Februar 2015 untersagt worden. Wir betonen, wir finden das Fest in Ordnung, aber nicht hier.
  - b. Dann: folgt ein klassischer Argumentationstrick meiner Enkel: Die anderen dürfen das doch auch. So wird auf die Mainland Games, die Konzertveranstaltung und auf die Oldtimer-Ausstellung verwiesen. Auch hier haben Naturschützer Einwände. Wir halten uns aber an die Einschätzung von zuständigen Fachleuten. Die Mainaue ist durch die anderen, durchaus auch publikumsstarken Veranstaltungen zwar belastet, aber nicht in dem Maße beschädigt worden, wie durch das Technofestival.
  - c. Argumentationstrick Nummer 3: der Charakter der geschützten Glatthafer-Wiese wird auf vielerlei Art klein geredet: In den digitalen Medien wird vom Hundekackplatz geredet. Ich bin seit 40 Jahren Mitglied der Naturfreunde. Umso überraschter war ich, dass bei den Rüsselsheimer Naturfreunden zur Erreichung eines knappen Mehrheitsbeschlusses für die Naturnutzung der Aue u.a. das Argument laut Presse verwendet wurde, die Wiese sei gar kein Biotop. Im Bewusstsein der Rüsselsheimer Bevölkerung sei es halt nur „die Wiese“. Es sei klar gestellt, dass die Wiese natürlich ein Biotop ist. Sie hat nur aufgrund der bisherigen BE-Nutzungspraxis nicht die Aufwertung z.B. zu einem der Lebensraumtypen der Natura 2000 Schutzgebiete der Europäischen Union erreicht. Dadurch werden noch einmal zusätzlich besonders gefährdete Pflanzen und Biotope geschützt.
-

„Nur e Wiss!“ Mit dieser Argumentationsweise hat der Flughafenbetreiber erhebliches öffentliches Interessen ins Feld geführt und damit -überspitzt gesagt- argumentiert, dass das für ihn ja nur ein Wald sei. Leute, wo kommen wir mit solcher Argumentation hin.

Sehr wohl genießt die Wiese dennoch den vollen Schutz des Geetzes. Dass im Bewusstsein vieler Rüsselsheimer Menschen die Wiss nur als ein Festplatz gesehen wird, ändert nichts an der Tatsache, dass sie seit 1987 sehr viel mehr ist, die Stadt als auch naturnahe Stadt auszeichnet, aber nur mit Schutz bewahrt werden kann.

Das wollten wir dem Magistrat heute vorschlagen: Schaffen Sie Klarheit in dieser unsicheren Zeit. Finden Sie einen geeigneten und rechtssicheren Platz für dieses Festival, das wir bejahen. Lassen Sie sich von dem Betreiber nicht unter Druck setzen. Entwickeln Sie auch in der Folge des Beschlusses zur Ausrufung des Klimanotstands eine Vision einer Industriestadt, die als ein Alleinstellungsmerkmal eine Verbindung von Natur, Beschäftigungsmöglichkeiten und nachhaltiger Zukunft erreicht. Covid-19 ist unter anderem durch übermäßiges Vordringen in die Natur entstanden...

Es sei festgestellt, dass wir den Magistrat gesetzlich verpflichtet sehen, die Mainaue nicht nur zu bewahren, sondern ihren Zustand zu verbessern und zu einem natürlichen Schmuckstück zu machen. Nach Auskunft der Fachbehörde hat die Wiese ein sehr gutes Aufwertungspotential. Mit Anpassung des Mahdrhythmus, Aufbrechung und Entfernung des Splitbettes unter einem früheren Weg und Neueinsaat mit standortangemessenen Blühpflanzen wäre ein deutlich grün-buntes Zeichen gegen Klimawandel gesetzt.

Jetzt ist der Magistrat am Aussitzen der Angelegenheit, wohl bis nach den Kommunalwahlen im März. An die Presse erfolgte Mitteilung, selbst 2021 werde unter Corona-Bedingungen keine solche Veranstaltung möglich sein. Ein Antrag sei bislang nicht gestellt. Außerdem glaube man den Zusicherungen des Veranstalters, durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen Schädigungen der Wiese verhindern zu können. Wir sind nicht so gläubig, deswegen verleihen wir den Hammer und werden weiterhin das Gespräch mit dem Magistrat und der ONB suchen, damit Klarheit geschaffen und das Recht hier durchgesetzt wird. Weitergehende auch juristische Maßnahmen werden wir gegebenenfalls natürlich erörtern. Und weiterhin sind wir zu einem Gespräch mit den Bürgermeistern bereit.

Rüsselsheim, 4.9.2020

Es gilt das gesprochene Wort